

Als Bezugsperiode für eine solche Betrachtung ist jedoch eine Beschränkung auf den Zeitraum von 1957 bis 1962 erforderlich, da nur für diese beiden Termine der durchgeführten Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen auch die Stundenverdienste nach Tarif erfragt wurden. Die Daten beschränken sich zudem auf das Ausmaß der übertariflichen Bezahlung für die im Zeitlohn tätigen Arbeiter. Wie aus *Tabelle 4* ersichtlich, wurden im Jahresdurchschnitt die Löhne der weiblichen Arbeiter in den Tarifverträgen relativ stärker angehoben als die der männlichen Arbeiter. Eine ungefähr gleich starke Drift läßt auf einen Erfolg der Nivellierungspolitik der Gewerkschaften während der Zeit von 1957 bis 1962 schließen.

Betrachtet man die Driftentwicklung nach Leistungsgruppen gegliedert, so ist eine gewisse Gegenwirkung der Drift erkennbar. Bei den weiblichen Arbeitern steigt die Drift mit zunehmender Qualifikation, während die jahresdurchschnittlichen tariflichen Lohnzuwächse mit abnehmender Qualifikation steigen. Die Drift hat offensichtlich den mit der Nivellierungspolitik angestrebten Annäherungsprozeß gedrosselt.

Bei den männlichen Arbeitern läßt sich eine eindeutige Tendenz jedoch nicht feststellen. Hier ergibt sich für die Leistungsgruppen 2 und 3 zwar ein ähnliches Bild wie bei den Frauen, die Leistungsgruppe 1 weist dagegen eine relativ schwache Drift auf. Teilweise wurde somit die Nivellierungspolitik sogar gefördert.

Die hier aufgezeigte Entwicklung erlaubt jedoch keine endgültige Aussage über die Auswirkungen der Nivellierungspolitik. Die Daten für die relativ kurze Periode von 1957 bis 1962 können keine soliden Ergebnisse, sondern nur eine annähernde Vorstellung über die Wirkung der Drift auf die Nivellierungsbestrebungen vermitteln. Für eine fundierte Untersuchung müßte ähnlich qualifiziertes Datenmaterial für einen längeren Zeitraum zur Verfügung stehen.

Abschließende Bemerkungen

Trotz der Mängel der vorliegenden Untersuchung, die vor allem durch die begrenzte statistische Datenbasis gegeben sind, scheinen die Berechnungen für Baden-Württemberg über die Entwicklung der Lohndrift plausible Annäherungswerte wiederzugeben. Es besteht eine recht gute Übereinstimmung mit den auf Bundesebene beobachteten Driftbewegungen. Auffallend ist, daß zwischen der Entwicklung in Baden-Württemberg und dem Bundesgebiet kaum Unterschiede im Bewegungsablauf bestehen. Gewisse landesspezifische Besonderheiten ergeben sich lediglich im Ausmaß der übertariflichen Bezahlung.¹⁴ Aufgrund des hohen interregionalen Verflechtungsgrades der Wirtschaft ist der synchrone Verlauf der Entwicklung theoretisch auch leicht verständlich.

Eine tiefer schürfende Analyse der Lohndrift in Baden-Württemberg wäre unter wissenschaftstheoretischen Aspekten jedoch nur fruchtbar, wenn landesspezifisch qualifizierteres Datenmaterial nicht nur für die Effektivverdienste, sondern auch aus dem tariflichen Bereich vorläge; zudem müßte eine stärkere Gliederung des Zahlenmaterials nach Wirtschaftszweigen und lohnstrukturellen Gesichtspunkten gegeben sein, um gehaltvolle Aussagen hinsichtlich Ursache der Lohndrift, Interaktionen der verschiedenen ökonomischen Größen sowie Auswirkungen der Lohndrift machen zu können. Nur dann könnten dem bestehenden Erkenntnisinteresse methodisch Genüge geleistet und mit Hilfe des statistischen Instrumentariums (Korrelations-, Regressions-, Faktorenanalyse) empirisch fundierte Ergebnisse erzielt werden.

¹⁴ Vgl. dazu: Bretschneider (u. a.): Handbuch einkommens-, vermögens- und sozialpolitischer Daten, 1975, Tabelle C 52.

Dipl.-Volkswirt Engelbert Drißner

Der Bauüberhang – ein wichtiger Indikator für die Bauwirtschaft

Einmal jährlich wird im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik eine Bestandsaufnahme des zur Zeit statistisch erfaßten Bauvolumens durchgeführt. Dabei wird im Zuge der sogenannten Bauüberhangserhebung zum Stichtag 31. 12. des jeweiligen Jahres die Masse der Fälle näher untersucht, die statistisch als erteilte Baugenehmigungen bereits erfaßt wurden, bisher aber noch nicht als fertiggestellt gemeldet worden sind, sich also damit noch innerhalb des Beobachtungsrahmens der amtlichen Statistik befinden.

Herausragender Gesichtspunkt, nach dem dieser Bauüberhang erhoben wird, ist neben der Aufteilung in die beiden großen Bauartengruppen *Wohngebäude* und *Nichtwohngebäude* die Feststellung, in welchem Stadium sich die einzelnen Bauvorhaben befinden. Dabei werden die genehmigten Objekte

in die drei Kategorien *noch nicht begonnen*, *begonnen*, *noch nicht unter Dach* und *unter Dach* eingeteilt. Vor allem deswegen liefert die Bauüberhangserhebung wichtige Anhaltspunkte dafür, mit welcher Entwicklung die Bauwirtschaft kurz- und mittelfristig zu rechnen hat, denn das im Bauüberhang erfaßte Volumen stellt ja gewissermaßen den „Vorrat“ dar, mit dem die Bauwirtschaft in das neue Jahr geht. Je nach Bauzustand sind davon die verschiedenen Bereiche des Baugewerbes betroffen. Während der Teil der sich bereits unter Dach befindlichen – also rohbaufertigen – Objekte bereits die Auftragslage des Ausbaugewerbes bestimmt, befinden sich die begonnenen, aber noch nicht rohbaufertigen Bauten im Produktionsbereich des Bauhauptgewerbes und führen nach Abschluß des Rohbaus zu Aufträgen beim Aus-

Tabelle 1
Wohnungen in genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben

Jahr	Insgesamt	Unter Dach			Begonnen, noch nicht unter Dach			Noch nicht begonnen		
		Anzahl	Anteil in %	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl	Anteil in %	Veränderung gegen Vorjahr in %	Anzahl	Anteil in %	Veränderung gegen Vorjahr in %
1968	104 033	49 677	47,8	0,0	22 732	21,8	+ 9,3	31 624	30,4	- 6,7
1969	116 317	52 434	45,1	+ 5,5	27 940	24,0	+22,9	35 943	30,9	+13,7
1970	140 694	61 963	44,0	+18,2	33 704	24,0	+20,6	45 027	32,0	+25,3
1971	172 328	81 761	47,5	+32,0	41 909	24,3	+24,3	48 658	28,2	+ 8,1
1972	197 780	101 967	51,5	+24,7	45 059	22,8	+ 7,5	50 754	25,7	+ 4,3
1973	188 947	98 385	52,1	- 3,5	34 906	18,5	-22,5	55 656	29,4	+ 9,7
1974	144 841	72 571	50,1	-26,2	23 360	16,1	-33,1	48 910	33,8	-12,1
1975	121 753	60 009	49,3	-17,3	20 517	16,8	-12,2	41 227	33,9	-15,7

Tabelle 2

Volumen der genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Nichtwohngebäude
 1000 m³ umbauter Raum

Jahr	Insgesamt	Unter Dach			Begonnen, noch nicht unter Dach			Noch nicht begonnen		
		m ³	Anteil in %	Veränderung gegen Vorjahr in %	m ³	Anteil in %	Veränderung gegen Vorjahr in %	m ³	Anteil in %	Veränderung gegen Vorjahr in %
1968	41 585	18 079	43,5	+ 7,4	12 091	29,1	+ 4,2	11 415	27,4	+ 5,6
1969	50 461	18 209	36,1	+ 0,7	17 863	35,0	+46,1	14 589	28,9	+27,8
1970	56 921	24 421	42,9	+34,1	17 061	30,0	- 3,4	15 439	27,1	+ 5,8
1971	56 353	26 253	46,6	+ 7,5	14 751	26,2	-13,5	15 349	27,2	- 0,6
1972	58 301	25 877	44,4	- 1,4	15 444	26,5	+ 4,7	16 980	29,1	+10,6
1973	58 848	27 493	46,7	+ 6,2	15 670	26,6	+ 1,5	15 685	26,7	- 7,6
1974	52 628	24 165	45,9	-12,1	13 920	26,5	-11,2	14 543	27,6	- 7,3
1975	53 058	22 064	41,6	- 8,7	12 541	23,6	- 9,9	18 453	34,8	+26,9

baugewerbe, stellen also gewissermaßen die Auftragsreserve dieses Wirtschaftszweiges dar. Von ganz besonderer Bedeutung ist jedoch die dritte Kategorie der zwar genehmigten, aber noch nicht begonnenen Vorhaben. Denn obwohl eine erteilte Baugenehmigung noch keinem Auftrag an das Baugewerbe gleichkommt, so kann hier doch von einer Bauauftragsreserve gesprochen werden, die jederzeit marktwirksam werden kann, und zwar zuerst beim Bauhauptgewerbe und danach beim Ausbaugewerbe, damit also die Auftragslage des gesamten Baugewerbes bestimmen wird.

Neben dieser mehr für die nahe Zukunft bedeutsamen Signalwirkung des Bauüberhangs liefert eine Betrachtung der langfristigen Entwicklung ex-post auch gewisse Aufschlüsse über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Markt für Bauleistungen. So deutet ein Ansteigen des Bauüberhangsvolumens auf einen Nachfrageüberhang nach Bauleistungen hin, oder mit anderen Worten auf – gemessen an der augenblicklichen in der Zahl der erteilten Baugenehmigungen zum Ausdruck kommenden Bereitschaft zum Bauen – zu niedrige Kapazitäten der bauausführenden Wirtschaft. Umgekehrt läßt ein rasch sinkendes Überhangsvolumen und damit ein abnehmender „Bauvorrat“ den Schluß zu, daß hier die Kapazitäten der Baubetriebe das – gemessen an der Nachfrage –

benötigte Maß überstiegen haben. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß vor allem die Entwicklung des Teils des Überhangs, der als noch nicht begonnene Objekte ermittelt wird, noch anderen Einflußfaktoren unterliegt. Insbesondere besteht hier die Möglichkeit, daß die in der Erlangung einer Baugenehmigung zum Ausdruck kommende anfängliche Baubereitschaft wegen konjunktureller oder sonstiger Einflüsse zwischenzeitlich in den Hintergrund tritt, die Ausführung des Bauvorhabens also vorübergehend oder endgültig zurückgestellt wurde. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Ausweisung, aus welchem Zeitraum die Genehmigung der Objekte stammt, aus denen sich das Bauüberhangsvolumen zusammensetzt, sowie der Nachweis der erloschenen Genehmigungen.

Starke Zunahme der erloschenen Wohnungsbaugenehmigungen

Gerade die Zahl der erloschenen Genehmigungen zeigte im *Wohnungsbau* eine bemerkenswerte Entwicklung. Nachdem sie schon 1974 mit 1910 betroffenen Gebäuden und insgesamt 6680 Wohnungen um 90% über dem Durchschnitt der Jahre 1957 bis 1973 gelegen hatte, übertrafen die Zahlen des Jahres 1975 mit 2404 Wohngebäuden und insgesamt 11178 Wohnungen das langjährige Mittel um mehr als das Doppelte und damit bei weitem alles bisher Dagewesene. Auffallend ist, daß davon über 80% Genehmigungen der beiden vorangegangenen Jahre 1973 und 1974 betrafen. Dabei waren es besonders größere Projekte, bei denen die Genehmigungen nicht zum Bau genutzt wurden; denn während im Mittel der Jahre 1957 bis 1973 noch Gebäude mit durchschnittlich 3,2 Wohnungen betroffen waren, stieg die durchschnittliche Gebäudegröße der erloschenen 1975 auf 4,6 Wohnungen an.

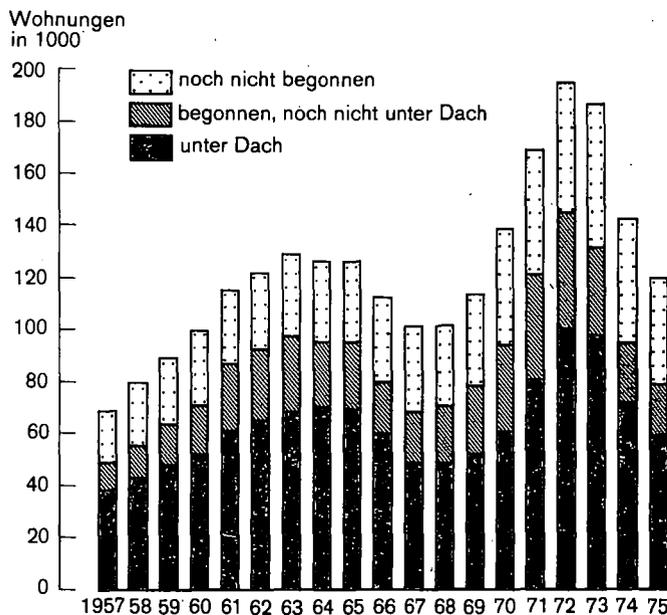
Im Bereich des *übrigen Hochbaus* dagegen bewegte sich die Zahl der 1975 erloschenen Baugenehmigungen mit 411 Gebäuden und einem umbauten Raum von 2,5 Mill. Kubikmetern durchaus im üblichen Rahmen. Dabei stammten drei Viertel der verfallenen Genehmigungen aus den Jahren vor 1974. Während in früheren Jahren jedoch im übrigen Hochbau eher kleinere Projekte nicht verwirklicht wurden, fällt auf, daß 1975 die Größe der verfallenen Projekte erstmals über der im Nichtwohnbau durchschnittlich genehmigten Gebäudegröße (gemessen am umbauten Raum) gelegen hat.

Überhangsvolumen insgesamt um 6% abgenommen

Insgesamt wurden Ende 1975 im Rahmen des Bauüberhangs genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Hochbauprojekte mit einem Volumen von 111,3 Mill. Kubikmeter umbauten Raumes nachgewiesen und damit um rund 6% weniger als ein Jahr zuvor. Dieses am umbauten Raum gemessene Bauvolumen verteilte sich je etwa zur Hälfte auf die Bereiche Wohnungsbau und übriger Hochbau, und zwar wurde insge-

Schaubild 1

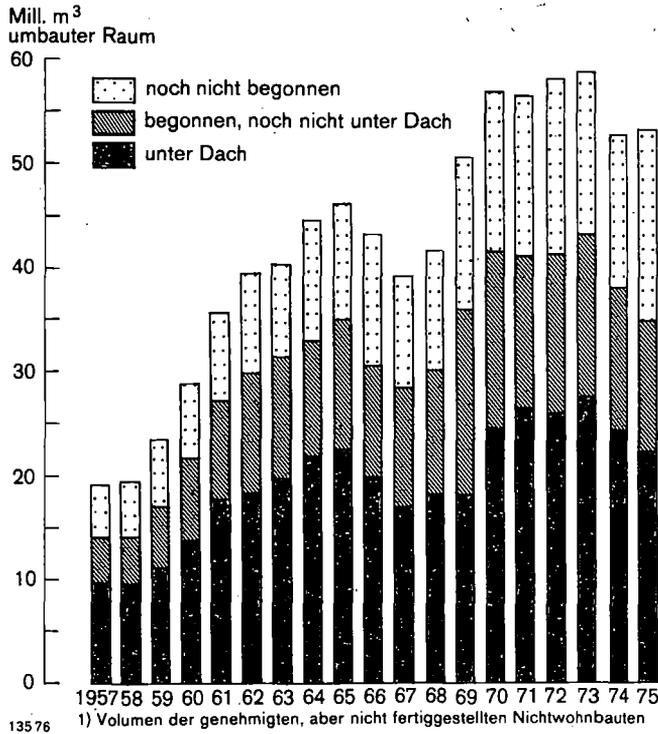
Langfristige Entwicklung des Bauüberhangs 1) im Wohnungsbau



13376

Schaubild 2

Langfristige Entwicklung des Bauüberhangs¹⁾ für Nichtwohnbauten



samt ein Überhang von 46 809 Wohngebäuden und 9499 Nichtwohnbauten festgestellt. Dabei war über die Hälfte der

Wohngebäude (52,7%) rohbaufertig, 16% befanden sich noch im Rohbau, und fast ein Drittel (31,3%) war noch nicht begonnen. Über die Hälfte (54,8%) der Genehmigungen stammte aus dem Jahr 1975, während 6,9% älter als drei Jahre waren.

Bei den Nichtwohnbauten waren Ende 1975 36,9% bereits rohbaufertig, 17,6% befanden sich noch im Rohbau und 45,5% waren noch nicht begonnen. Dabei war weit über die Hälfte (59,2%) der im Überhang befindlichen Nichtwohnbauten erst 1975 genehmigt worden und 7,8% der Genehmigungen waren älter als drei Jahre. Besonders auffallend ist hier der weit überdurchschnittliche Anteil der noch nicht begonnenen Vorhaben. Dieser hohe Anteil ist auf die starke Zunahme der Baugenehmigungen im übrigen Hochbau im letzten Drittel des Jahres 1975 zurückzuführen, die von der 7,5%igen Investitionszulage hervorgerufen worden war. Naturgemäß wurde der größte Teil der hier genehmigten Projekte nicht mehr im Jahr 1975 begonnen und führte damit zu der auffallenden Umschichtung der Struktur des Bauüberhangs.

Neben den entsprechenden Werten aus dem Bereich des Wohnungsbaus – aus dem Bauüberhang 1975/76 standen 14 656 genehmigte Wohngebäude mit 19,1 Mill. Kubikmeter umbauten Raumes an, die noch nicht begonnen waren – wird vor allem dieser Teil des Bauüberhangs die Auftragslage der Bauwirtschaft in der nächsten Zeit bestimmen. Das im Überhang ermittelte Potential von 4323 Nichtwohnbauten mit insgesamt 18,5 Mill. Kubikmeter umbauten Raumes, bei denen mit dem Bau noch nicht begonnen wurde, müsste normalerweise im ersten Halbjahr 1976 auftragswirksam werden, vor allem, wenn man berücksichtigt, daß die Investitionszulage nur für Projekte gewährt wird, die bis 1977 fertiggestellt sind. Erste Auswirkungen zeigt bereits die bisher vorliegende Entwicklung der Auftragseingänge bei den monatlich zur Bauberichterstattung meldenden Betrieben des Bauhauptgewerbes.

Dipl.-Volkswirt Hans J. Richter

Mit dem Einkommen auskommen

Ergebnisse der laufenden Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen

Auskunft darüber, wohin das Haushaltseinkommen fließt bzw. ob und in welchem Ausmaß Änderungen der Verbrauchsstruktur – auch über einen längeren Zeitraum hinweg – eingetreten sind, geben detaillierte Aufzeichnungen ausgewählter Familien, die monatlich im Rahmen der „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“ sämtliche Einnahmen und Ausgaben in einem Haushaltsbuch notieren. An dieser – im übrigen bundesweit laufend durchzuführenden – Erhebung¹ nehmen in Baden-Württemberg

- 21 2-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern (Haushaltstyp 1)
- 56 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen (Haushaltstyp 2) sowie
- 59 gleichartige Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen (Haushaltstyp 3)

teil.

Möglichkeiten und Grenzen der Aussage

Angesichts der geringen, nicht repräsentativen Anzahl der auf freiwilliger Basis mitwirkenden Familien sowie im Hinblick auf den vom Gesetzgeber äußerst eng gefaßten Auswahlrahmen

¹ Aufgrund des Gesetzes über die Statistik von Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961.

– der in erster Linie dazu dient, den Aufwand an Kosten und Arbeitskraft so gering wie möglich zu halten² – erhebt sich die Frage, welche Auswirkungen auf die Aussagekraft der Ergebnisse zu erwarten sind. So sind insbesondere verallgemeinernde Schlüsse hinsichtlich des Konsumverhaltens aller privaten Haushalte bzw. anderer als der zuvor beschriebenen Bevölkerungsgruppierungen unzulässig. Es ist aber auch nicht Zwecksetzung, ermittelte Durchschnittsangaben über Einnahmen und Ausgaben als unumstößliches Datum zu betrachten, damit würde man die Möglichkeiten der Wirtschaftsrechnungen sicherlich überstrapazieren und überbewerten. Vielmehr liegt die eigentliche Bedeutung dieses statistischen Instruments im Aufzeigen von Entwicklungstendenzen und im Sichtbarmachen von Strukturverschiebungen innerhalb des Privaten Verbrauchs³. Hierfür scheint allerdings auch eine schmale Datenbasis geeignet und ausreichend zu sein, zumal der zeitliche Vergleichsrahmen durch ein Konstanthalten der sozio-ökonomischen Auswahlkriterien gewährleistet ist⁴. Darüber hinaus dürfte andererseits – und das wertet die Aussagekraft der Ergebnisse wiederum auf – ein punktuell bei den be-

² Vgl. hierzu die Begründung des o. g. Gesetzes.

³ Vgl. hierzu die umfassende Darstellung der „Möglichkeiten und Grenzen der laufenden Wirtschaftsrechnungen“ in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 6, 1972.

⁴ Durch Anpassung der vorgegebenen Einkommensspannen an die Einkommensentwicklung stehen die Haushalte jeweils am relativ gleichen Ort der Einkommenspyramide.